

„Europa – Verantwortung, Freiheit, Zukunft.“

Beschluss der Landesversammlung vom 25./26. Juli 2026 in Waldbronn

Die Europäische Union steht seit ihrer Gründung für Verantwortung, Freiheit, Sicherheit und Zukunft. Sie wurde begründet, um eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen und dafür auch die Verantwortung zu übernehmen. An die Stelle von Gewalt und das Recht des Stärkeren treten gemeinsame Institutionen und ein gemeinsames Recht. Die aktuelle Weltlage beweist, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist und der Friede immer wieder auch verteidigt werden muss. Mit gemeinsamen Werten, Grund- und Menschenrechten, demokratischen Verfahren und rechtsstaatlichen Garantien sichert die Europäische Union die Freiheit ab. Dies gilt umso mehr in einer Zeit, in der Freiheit immer stärker bedroht ist und Demokratie und Rechtsstaat weltweit in der Defensive sind. Die Europäische Union ist auf die Zukunft ausgerichtet. Sie steht für eine Zukunft, in der Feindschaften überwunden werden, Konflikte nur noch friedlich ausgetragen werden, Herausforderungen gemeinsam angegangen werden und aus der Zusammenarbeit neue Kraft geschöpft wird.

Um diese gemeinsame europäische Zukunft zu sichern, fordert die Europa-Union Baden-Württemberg:

1. Die Europäische Union muss sich weiterentwickeln. Dies betrifft insbesondere die Abschaffung der Einstimmigkeit bei Entscheidungen in der Europäischen Union die Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts und eine entscheidende Rolle des Europäischen Parlaments bei der Wahl der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten. Hierzu sollten kurzfristig alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die schon im Rahmen der aktuellen EU-Verträge möglich sind.
2. Die europäische Außenpolitik der Europäischen Union muss dringend so reformiert werden, dass alle Beschlüsse im Rahmen der «Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik» in einer Institution koordiniert werden. Das heutige Konstrukt der geteilten Verantwortung bei der Außenbeauftragten, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat ist überholt.
3. Weitere Schritte hin zu einer Verteidigungsunion sind notwendig. Kurzfristig sollte der Aufbau eines Binnenmarkts für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Regeln für die Beschaffung und gemeinsame Rüstungsprojekte realisiert werden. Weiterhin muss daran gearbeitet werden, dass Europa technologisch unabhängig von Dritten wird. Die Schritte hin zu gemeinsamen Kommandostrukturen und gemeinsamen Übungen sind wichtig und könnten Schritte hinzu gemeinsamen europäischen Streitkräften bedeuten.
4. Der europäische Binnenmarkt muss weiter vertieft und ausgebaut werden: Es müssen Hürden beseitigt werden, die durch nationale Regelungen bestehen. Dies betrifft insbesondere den Finanzmarkt und den Markt der

Dienstleistungen. Der Binnenmarkt muss auf weitere Bereiche wie Energie, Digitales und Verteidigung ausgeweitet werden.

5. Europas Wettbewerbsfähigkeit muss gestärkt werden. Besondere Fortschritte braucht Europa bei der Spar- und Investitionsunion diese kann die Finanzierung innovativer Ideen verbessern und Start-ups sowie Scale-ups bessere Chancen eröffnen, in Europa zu großen Unternehmen heranzuwachsen, statt in die USA abzuwandern. Zugleich könnten Bürgerinnen und Bürger ihre Ersparnisse renditestärker anlegen und so stärker vom Wachstum der europäischen Wirtschaft profitieren, auch für ihre Altersvorsorge.
6. Europa muss im weltweiten Wettbewerb bei Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz mithalten können. Daher müssen auf EU-Ebene, in den Mitgliedstaaten und Regionen Investitionen in Forschung, Bildung und Digitalisierung Priorität haben. Dem öffentlichen Sektor kommt bei der digitalen Souveränität eine Vorbildfunktion zu. KI-Anwendungen von außereuropäischen Anbietern müssen bei staatlichen Stellen durch europäische Lösungen ersetzt werden.
7. Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 müssen baldmöglichst abgeschlossen werden. Dabei müssen die Prioritäten bei den gemeinsamen europäischen Aufgaben wie Forschung, Innovation und Verteidigung und auf Programmen, die dem Zusammenhalt und dem Austausch dienen wie Erasmus+ und Interreg, liegen.
8. Die Staaten des westlichen Balkans, die Republik Moldau und die Ukraine müssen auf ihrem Weg in die EU weiterhin unterstützt werden. Sobald die Beitrittskriterien vollständig erfüllt sind, müssen die jeweiligen Staaten auch aufgenommen werden. Gleichzeitig muss die EU ihre internen Strukturen so weit reformieren, dass eine größere Union handlungsfähig bleibt. Auf dem Weg hin zum Beitritt sollten die Staaten bereits an ausgewählten EU-Förderprogrammen teilnehmen können und einen erleichterten Zugang zum Binnenmarkt erhalten sowie in beratender Funktion an das Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mitwirken können.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 17.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir knapp 3.000 Mitgliedern in 31 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. 7 der 9 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören derzeit 41 Abgeordnete aus CDU, SPD, und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben der in Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD), Evelyn Gebhardt (SPD) und Chantal Kopf MdB (Bündnis90/DieGRÜNEN) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Medienreferent
E-Mail: daniel.frey@eubw.eu
Webseite: <https://eubw.eu>